

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Verhandlungsergebnis von Land und Kommunen zum kommunalen Rettungsschirm - Drucksache 7/1403 vom 09.06.2020

Stärkere Kommunen für eine starke Wirtschaft

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

innerhalb der vom Landtag beschlossenen und noch zu beschließenden Maßnahmen zur Abmilderung der Coronakrise bei Kommunen, ist zur Förderung der lokalen Klein- und mittelständischen Unternehmen ein Sofortprogramm für die Sanierung öffentlicher Bauten aufzulegen. Dieses Sofortprogramm aus Landesmitteln ist auch für Gemeinden, Kreise und sonstige Träger von öffentlichen Einrichtungen zu öffnen, so dass sie die in ihren Haushalten zurückgestellte Arbeiten im Bau- und Ausbaubereich im Zeitraum bis 30. September 2020 anmelden und durch das regionale Handwerk ausführen lassen können. Maßgabe ist das verkürzte, freihändige Ausschreibungsverfahren. Vorrang hat die Sanierung von Schulbauten, Schwimmhallen und anderer öffentlicher Bauten.

Begründung:

Der kommunale Rettungsschirm beinhaltet große Summen, die in die richtige Richtung bewegt werden sollten. Das regional verankerte Handwerk muss gestärkt werden, indem die Kommunen gestärkt und in die Lage versetzt werden, zur Verfügung stehende Mittel unbürokratisch einsetzen zu können.

Von April an rechnete allein das Maler- und Lackiererhandwerk mit Umsatzausfällen bis Mitte Mai von über 50%. Diese Zahlen dürften sich mittlerweile bestätigt haben und auch für Brandenburg gelten. Allein im Malerhandwerk fehlten demnach bundesweit 2,8 Mrd. € an Einnahmen. Die Investitionshöhe in der gesamten Privatwirtschaft wird auch nach der Corona-Krise im Vergleich zum Vorjahr absinken, während gleichzeitig der Investitionsstau im Land und der kommunalen Familie bekannt ist und der Abarbeitung harrt.

Da viele Kommunen in Brandenburg in der Haushaltssicherung stehen, ist ein Programm vonnöten, das 100% der Sanierungskosten durch das Land deckt. Hierbei sind regionale Ausschreibung einerseits und eine Anpassung an die Möglichkeiten der Vergabeplattform Brandenburg andererseits zwingend, um den konjunkturellen Effekt nicht verpuffen zu lassen.

Statt Sommerpause wollen die Unternehmen Arbeit, statt Abhängigkeit wünschen die Menschen sich ein durch ihr Schaffen saniertes Land! Diese Wünsche sollten nicht enttäuscht werden. Es erscheint sinnvoll, in der Rezession von Hilfspaketen auf geförderte Auftragsvergaben umzusteuern.